

Bonus für schlechte Standorte in der Kritik

Unternehmerverband und Kreis-FDP beklagen „Absurdität“ der Förderung

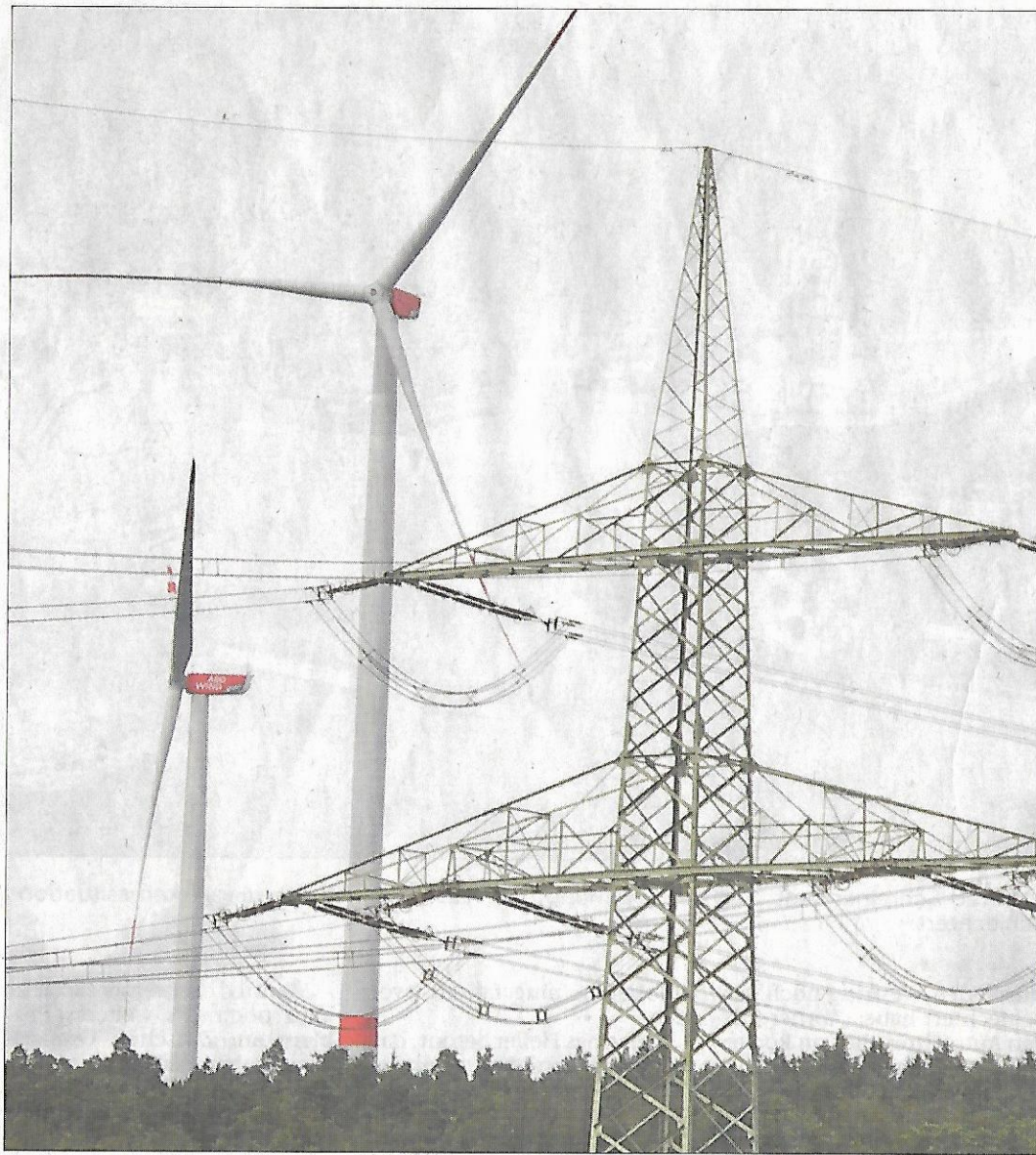
KREIS FULDA

Der Bau von Windrädern im Gieseler Forst könnte sich allein deshalb lohnen, weil es für windarme Standorte eine höhere Einspeisevergütung gibt. Diese Folge des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), über die wir gestern berichteten, führt zu heftiger Kritik von den Vereinigung hessischer Unternehmerverbände (VhU) und der Fuldaer Kreis-FDP. Der Bund verteidigt die Regelung.

Von unserem Redaktionsmitglied
VOLKER NIES

Peter Bartholomäus, Chef des VhU-Energieausschusses, sagt, dass allein die EEG-Umlage Verbraucher und Firmen heute schon mit 25 Milliarden Euro im Jahr belaste. Dieser Betrag drohe zu steigen – auf bis zu 33 Milliarden Euro im Jahr 2025.

Dabei zeigten die jüngsten Ausschreibungen für Hochseewindparks, dass erneuerbare Energien gar keine Subventionen mehr benötigen. „Die Sondersubventionen für besonders schlechte Standorte zeigen die ganze Absurdität der EEG-Planwirtschaft. Nötig ist eine Exit-Strategie: Für neue Ökostromanlagen sollten ab sofort keine Förderzusagen mehr gegeben werden“, fordert Bartholomäus. „Es reicht, auf den EU-weiten Deckel für CO₂-Emissionen zu setzen. Er garantiert die Zielerreichung zu geringsten Kosten.“



Die 2016 in Betrieb genommenen Windräder bei Traisbach sind die letzten Anlagen im Landkreis Fulda, deren Strom ohne Ausschreibung vermarktet wird. Foto: Volker Nies

Das Bundeswirtschaftsministerium verteidigt den Bonus für schlechte Standorte. „Sinn der Regelung ist, eine Verteilung des Windkraftausbaus im Bundesgebiet zu erreichen und den Zubau nicht nur an den windstärksten Standorten in Küstennähe und an windstarken Standorten zu erreichen“, sagt Sprecherin Beate Baron unserer Zeitung. „Eine gleichmäßige Verteilung des Zubaus von Windanlagen an Land ist auch aus Gründen des Stromtransports sinnvoll. Würden alle Anlagen an Land nur in Küstennähe und an windstarken Standorten zugebaut werden, käme es zu Folgeproblemen beim Netzausbau.“

Auch FDP-Kreischef Mario Klotzsche kritisiert den Bonus für schlechte Standorte: „Sinn einer Ausschreibung ist es eigentlich, den besten Anbieter zum günstigsten Preis zu bekommen. Wenn es besonders hohe Zuschläge für besonders unwirtschaftliche Standorte gibt, zeigt das nur, dass der Subventionsirrsinn auch mit dem Ausschreibungsmodell weitergeht.“ Wenn die Firma Abo-Wind erkläre, dass der geplante Windpark im Gieseler Forst wirtschaftlich bleibe, sei er skeptisch, äußert Klotzsche. Oft wollten Projektierer wie Abo-Wind die Anlagen schnell verkaufen und nicht langfristig betreiben. Viele Windparks erwirtschafteten Verluste – trotz hoher Subventionen.

Wenn – wie bei dem Abo-Wind-Projekt Traisbach – eine Bürgergenossenschaft den Windpark betreibt, gibt es übrigens weitere Vergünstigungen bei der Einspeisevergütung.